

Wahlprüfsteine des Anti-Atom-Bündnisses Berlin Potsdam zur Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2016

Frage	SPD
<p>1. Sind Ihnen folgende Sachverhalte über den Berliner Reaktor BER II und die Zentralstelle für radioaktive Abfälle (ZRA) in Berlin-Wannsee bekannt und wie beurteilen Sie diese insgesamt?</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Reaktor BER II in Berlin-Wannsee ist 42 Jahre alt und damit der älteste Reaktor der Bundesrepublik • heute wäre der Reaktor nicht mehr genehmigungsfähig. U.a. basiert die Betriebsgenehmigung auf veralteten Studien, die z.B. Beschädigungen durch terroristische Anschläge nicht bis wenig einbeziehen und dem Restrisiko zuordnen, obwohl Atomreaktoren und die Bundeshauptstadt aktuell im Fokus des internationalen Terrorismus stehen. • Die RSK sagt in ihrem Gutachten, dass es nicht auf die Wahrscheinlichkeit eines Flugzeugabsturzes oder ähnlichem, sondern auf die Folgen ankommt. Laut RSK ist somit keiner der definierten Schutzgrade erfüllbar. • Erweiterte Terrorrisiken konnten aufgrund des knappen Zeitrahmens nicht geprüft werden. Damit schneidet der Berliner Reaktor in Sachen Sicherheit bundesweit am schlechtesten ab. • Der Reaktor BER II und das Gelände können sehr leicht ausspioniert werden, z.B. am regelmäßig stattfindenden Tag der offenen Tür, Lageplan ist im Internet. • Das Reaktorgelände ist nicht gegen Betreten bewaffneter Angreifer gesichert (kleine Schranke, Wachhäuschen, ein paar Sicherheitsleute), das Reaktorgebäude ist in wenigen Sekunden erreichbar. • Das Reaktorgebäude ist ein normaler Industriebau und ebenfalls nur unzureichend gegen ungewolltes Eindringen geschützt. • Der Reaktor selbst hat kein Containment, ist nach oben offen und hat somit überhaupt keinen Schutz gegen Beschädigungen jeglicher Art (wie z.B. Sprengstoff am Reaktorgebäude, Sabotage, panzerbrechende Waffen, Drohnen, Flugzeuge, Hubschrauber, siehe auch aktuelle Studie BUND). • Trotz der Vorkommnisse an den belgischen AKWs und dem Bekanntwerden des Interesses der Terroristen an deutschen Forschungsreaktoren in 2016, hat keine anlassbezogene Zuverlässigkeitsüberprüfung des Personals des BER II stattgefunden. • Eine trockene Kernschmelze ist generell möglich und vor allem durch einen terroristischen Anschlag leicht herbeiführbar. • Radiologische Folgen würden der Stufe 6 (schwerer Unfall) gemäß der internationalen Bewertungsskala INES entsprechen (Tschernobyl und Fukushima hatten Stufe 7). • Der Katastrophenschutzplan ist nicht ausreichend: <ul style="list-style-type: none"> a) die maximale Wirkung des outputs durch sehr hohe Temperaturen bei Flugzeugabsturz mit Kerosinbrand und sich anschließender Wasserstoffexplosion ist nicht betrachtet worden. b) worst case Szenario vom Öko-Institut-Darmstadt besagt: Evakuierung von bis zu 20 km je nach Windrichtung d.h. bis Berlin-Mitte und angrenzende Bezirke oder Potsdam und Umgebung. Dieses Gutachten wird nicht als Planungsgrundlage herangezogen, obwohl es bezogen auf die radiologischen Auswirkungen weiterhin aktuell ist. • Die Mehrheit der Bevölkerung in Berlin und Potsdam/Brandenburg weiß überhaupt nicht, dass es einen Atomreaktor in Berlin gibt und ist schon gar nicht über mögliche Gefahren informiert. 	<p>Die dargestellten Sachverhalte über den Berliner Reaktor BER II und die Zentralstelle für radioaktive Abfälle (ZRA) in Berlin-Wannsee sind durch Berichte des Senats und aus Presseveröffentlichungen im Wesentlichen bekannt.</p>

CDU: ohne Rückmeldung

Grüne	Linke	Piraten	FDP
<p>Uns sind diese Sachverhalte bekannt. Die von Ihnen aufgeführten Punkte verdeutlichen eindrücklich, dass sich bei Fragen der Sicherheit im Bezug auf den BER II und auch der ZRA die Versäumnisse des Senates häufen. Es ist für uns unverständlich, wieso beispielsweise bisher keine Zuverlässigkeitsüberprüfungen des Personals des BER II stattgefunden haben. Mit Blick auf die Risiken, die vom BER II und der ZRA ausgehen, halten wir es für unbedingt geboten, dass ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleistet wird. Konkret bedeutet dies, dass der noch vorhandene brennbare Rohabfall in der ZRA so schnell wie möglich konditioniert und in einen nicht brennbaren Zustand versetzt wird. Weiterhin muss es jedes Jahr eine Sichtkontrolle aller vorhandenen Fässer (von allen Seiten) geben, um Schwachstellen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu beheben. Bei der Konditionierung ist darauf zu achten, dass eine zukünftige Überführung und Lagerung der Abfälle in ein Endlager ohne weitere Bearbeitung möglich ist. Um eine möglichst frühzeitige Überführung des Abfalls in das geplante Endlager „Schacht Konrad“ sicherzustellen, muss der Senat Kontakt zu den betreffenden Behörden aufnehmen, um eine möglichst frühzeitige Überführung und Endlagerung zu gewährleisten. Der Katastrophenschutzplan für den BER II muss überarbeitet und alle vorliegenden Erkenntnisse berücksichtigt werden.</p>	<p>Ja, die aufgeführten Fakten sind der LINKEN. Berlin bekannt und wurden bereits auf mehreren Landesparteitagen kontrovers debattiert. Folgende Beschlüsse wurden dazu gefasst: http://www.die-linke-berlin.de/die_linke/parteitage/3_landesparteitag/4_tagung/beschluss/1/sowiehttp://www.die-linke-berlin.de/die_linke/parteitage/4_landesparteitag/1_tagung/beschluss/6/ Die LINKE. Berlin teilt Ansicht, dass der Forschungsreaktor an dem Standort in Wannsee aus guten Gründen heute nicht mehr genehmigungsfähig wäre und dass der RSK-Bericht eine Reihe von eklatanten Mängeln festgestellt hat, die nach unserer Kenntnis nur teilweise durch den Betreiber beseitigt worden sind. Insbesondere das fehlende Containment, die permanente Niedrigstrahlung, deren Langzeitfolgen immer noch nicht ausreichend erforscht sind, der unzureichende Katastrophenschutz sowie die kaum kalkulierbare Gefahr eines terroristischen Anschlages stellen Risiken dar, die eine Stilllegung des Forschungsreaktors zum 1. Januar 2020 absolut notwendig machen.</p>	<p>Die Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat zur Expertenanhörung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt einen Vertreter Ihres Bündnisses benannt, der am 7. März 2012 ausführlich das Gefährdungspotential des Reaktors den Abgeordneten und der Berliner Bevölkerung darstellen konnte. Eine vertiefende Diskussion mit den anderen Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus (dazu zählen wir explizit nach dem Ausscheiden der Abgeordneten Felicitas Kubala auch die Grünen) über weitergehende Schutzmaßnahmen (bis hin zur Außerbetriebnahme des Reaktors) ist allerdings nicht möglich gewesen. Nach unseren Einschätzungen ist keine der z.Z. im AGH vertretenen Parteien (aus unterschiedlichsten Gründen) bereit, über ein Ende des Reaktorbetriebs zu beraten. Die Piratenfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf ist umfangreich über den Reaktor im Bezirk informiert und hat in der laufenden Legislaturperiode sieben Anträge (davon einen zusammen mit der SPD-Fraktion) im Zusammenhang mit dem Gefahrenpotential des Reaktors und/oder der Sammelstelle eingebracht: 0411/IV Katastrophenschutzplan im Internet veröffentlichen vom 5. Dezember 2012, 0462/IV Flugverbot über dem Forschungsreaktor Wannsee vom 12. Februar 2013, 0556/IV Wannsee-Reaktor-Informationsbroschüre bei Anmeldung aushändigen vom 6. Mai 2013 (zusammen mit SPD-Fraktion) 0587/IV Hinweisschild auf den Forschungsreaktor Wannsee sowie die Sammelstelle für radioaktive Abfälle vom 11. Juni 2013, 0724/IV Anwohner des Bezirks auf KATWARN hinweisen vom 5. November 2013, 0868/IV Iodblockade -aber richtig vom 11. März 2014, 1306/IV Iodblockade -aber richtig Ilvom 12. Mai 2015. Angemerkt sei hier, dass der Antrag zur Vorverteilung von Iod-Tabletten an die Bevölkerung einstimmig von allen anderen Parteien der BVV (CDU, SPD, Grüne) abgelehnt wurde.</p>	<p>Die dargestellten Sachverhalte sind uns im Prinzip aus Berichten des Senats und der Medien bekannt. Es ist aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass aus unserer Sicht hier nicht vergleichbare Dinge verglichen werden. Beim Forschungsreaktor BER II des Helmholtz-Zentrums Berlin, der seit 1974 betrieben wird, handelt es sich nicht um ein Atomkraftwerk. Es geht um einen international renommierten Wissenschaftsstandort zur wissenschaftlichen Forschung, nicht um die Erzeugung von Kernenergie. Der Reaktor wird als Neutronenquelle ausschließlich zur Forschungszwecke eingesetzt. Der Reaktor ist zwar 1974 in Betrieb gegangen, wird aber fortlaufend modernisiert und befindet sich technologisch auf dem neuesten Stand. Nur so wird er den wissenschaftlichen Anforderungen gerecht. Die Fragen suggerieren, dass Gefahren wie von einem Kernkraftwerk ausgehen könnten. Dies ist nicht zutreffend. Technisch handelt es sich bei dem Forschungsreaktor um einen »Schwimmbadreaktor«, so genannt, weil er mit gewöhnlichem Wasser betrieben wird. Der Reaktor arbeitet bei Normaldruck und Raumtemperatur. Es gibt deshalb keinen Reaktordruckbehälter, der explodieren könnte. Durch die kleine Leistung, die Abwesenheit von Kreisläufen unter Druck, die vollständig passive Kühlung und die große, abschirmende Wassermenge ist die Freisetzung von Radioaktivität in einem Schwimmbadreaktor solch kleiner Leistung sehr unwahrscheinlich. Bei Ausfall der Stromversorgung fallen die oben erwähnten Kontrollstäbe, die an Elektromagneten aufgehängt sind, allein durch ihr Gewicht in den Reaktorkern im Wasserbecken und unterbrechen die Kernspaltung. Die Schnellabschaltung des Reaktors ist betrieblich, automatisch wie manuell, schon bei geringfügigen Abweichungen von Vorgabewerten vorgesehen. Die Auslöseschwelle für eine Schnellabschaltung ist dabei extrem niedrig angelegt. Der Kernspaltungsprozess kommt nach einer solchen Schnellabschaltung bereits in weniger als 0,5 Sekunden zum Erliegen. Nach Abschalten des Reaktors sollte allerdings auch aus unserer Sicht dort kein neuer mehr errichtet werden.</p>

	Frage	SPD	Grüne	Linke	Piraten	FDP	
2.	<p>Was werden Sie als gewählter Volksvertreter tun, um die sofortige Stilllegung des überalterten und völlig ungeschützten Reaktors zu erreichen?</p>	<p>Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus begleitet die Arbeit des Forschungsreaktors seit Jahren mit zahlreichen Initiativen kritisch. Dies ist dokumentiert durch verschiedene parlamentarische Anfragen (z.B. Drucksache 17/11440, 17/11439, 17/15510, 17/15511, 17/15653) der Abgeordneten Daniel Buchholz und Dr. Ina Czyborra und Abgeordnetenhausbeschlüssen für mehr Sicherheit und Transparenz, die auf Initiative der SPD-Fraktion (z.B. 16/0701 und 16/4290-1, 16/4290-2) gefasst wurden.</p>	<p>Der BER II wird zum Ende des Jahres 2019 stillgelegt. Diese grundsätzliche Entscheidung haben wir begrüßt. Allerdings gab es in der Vergangenheit immer wieder Sicherheitsprobleme, die Abschaltungen beim Reaktor notwendig gemacht. Wir Grünen haben schon in der letzten Legislaturperiode gefordert, dass ein "Stresstest" bei Forschungsreaktoren wie in Wannsee vor Ort auf der Basis von konkreten technischen Untersuchungen stattfinden muss, und nicht nur, wie von der Aufsichtsbehörde betrieben, auf der Basis der Konstruktionsunterlagen. Aber selbst der durchgeführte „Stresstest“ hat zum Teil erhebliche Mängel offenbart. Der Bericht der Reaktor-Sicherheitskommission hatte Nachbesserungen gefordert. Wir hatten uns deswegen gegen eine Wiederinbetriebnahme ausgesprochen-bis die aufgezeigten Mängel beseitigt sind. Wir werden uns deswegen für eine erneute Überprüfung der Umsetzung der Empfehlungen einsetzen. Außerdem muss eine Überprüfung auch von anderen terroristischen Gefahren jenseits des (gezielten) Flugzeugabsturzes erfolgen. Dies hatte der letzte Bericht im Jahr 2012 noch ausgespart. Je nach Ergebnis dieser Prüfung werden wir über eine vorgezogene Stilllegung entscheiden</p>	<p>Die LINKE. Berlin hat sich auf ihrem Landesparteitag am 10.06.2012 für die mittelfristige Abschaltung des Forschungsreaktors ausgesprochen. Dementsprechend fände eine weitere Verlängerung der Betriebsdauer über 2020 hinaus nicht unsere Zustimmung. Die Stilllegung der Anlage ist aus unserer Sicht notwendig und muss auch zum vereinbarten Zeitpunkt endlich erfolgen.</p>	<p>Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, den Forschungsreaktor sofort außer Betrieb zu nehmen. Grade die wachsende Terrorbedrohung und die anstehende Eröffnung des Flughafens BER erhöhen das Risiko des Reaktors. Bis zur Stilllegung ist es aus unserer Sicht aber unumgänglich, die Bevölkerung im Bezirk und in ganz Berlin über das Gefahrenpotential sowohl des Reaktors als auch der Sammelstelle aufzuklären und beim Betreiber auf Maßnahmen zur Reduzierung dieser Gefahren zu drängen. Ein wesentlicher Tatbestand ist bisher noch nicht im Fokus der Berliner Verwaltung: Was geschieht eigentlich mit den radioaktiven Rückständen nach dem Ende des Betriebs des Forschungsreaktors? Wer übernimmt die Kosten für die Endlagerung? Auch diese Punkte werden wir auf die Tagesordnung der Berliner Politik der nächsten Jahre setzen.</p>	<p>Forschung ist für den Standort Berlin ein wichtiger Faktor. Mittelfristig sollten Reaktoren jeder Art jedoch nicht im dicht besiedelten Stadtgebiet betrieben werden. Wir sehen aber keinen Bedarf, die für den 1.1.20 geplante Abschaltung des Reaktors zeitlich vorzuziehen.</p>	
	Frage	SPD		Grüne	Linke	Piraten	FDP
3.	<p>Würden Sie folgende Forderungen unterstützen?</p> <p>* Bund und das Land Berlin müssen als 100%ige Finanziere eine Neubewertung der Terror-Risiken für den BER II und für das Zwischenlager Wannsee (ZRA) in Auftrag geben</p> <p>** Bis zur Neubewertung muss der Reaktor in Wannsee sofort abgeschaltet werden.</p> <p>*** Das Personal ist sofort einer aktuellen Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen</p> <p>**** Die Neubewertung des BER II sollte einen Widerruf der Betriebsgenehmigung von Amtes nach Atomgesetz §17 Abs. (5) bewirken mit der Konsequenz der sofortigen Stilllegung</p>	<p>Die Risiken, die vom Forschungsreaktor ausgehen, müssen aus Sicht der SPD weiter minimiert werden. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ein. Die Nutzung der Kernenergie lehnen wir ab. Die SPD setzt sich für eine schnellstmögliche Stilllegung des Forschungsreaktors ein. Vor dem Hintergrund der neuen Sicherheitslage sollte eine neuerliche Überprüfung der Sicherheit des Reaktors durchgeführt werden. Hierbei soll auch die Prüfung der Aufgabe des Betriebes des Forschungsreaktors zu einem früheren Termin, als zum geplanten Termin Ende 2019 angestrebt werden. Die SPD setzt sich für eine sofortige Neubewertung der Terror-Risiken für den BER II und das Zwischenlager Wannsee ein.</p>		<p>* Wir erachten eine Neubewertung der Risiken, die durch einen möglichen Terroranschlag ausgehen, für sinnvoll. Der Bericht der Reaktor-Sicherheitskommission aus dem Jahr 2012 hatte diese Gefahren –jenseits eines Flugzeugabsturzes –noch ausgeblendet.</p> <p>** Wir plädieren dafür, die Ergebnisse abzuwarten und dann eine Entscheidung zu fällen.</p> <p>*** Eine Sicherheitsüberprüfung des Personals ist sinnvoll und sollte im Rahmen der Untersuchung möglicher terroristischer Gefahren möglichst bald durchgeführt werden</p> <p>****Wir plädieren dafür, die Ergebnisse abzuwarten und dann eine Entscheidung zu fällen</p>	<p>Ob das Risiko eines terroristischen Anschlages überhaupt sicher erhoben und eingeschätzt werden kann, ist fraglich. Insbesondere nach den jüngsten terroristischen Anschlägen u.a. in Frankreich, Belgien und Deutschland muss eine Neubewertung des Anschlagrisikos und eine Überprüfung von Sicherheitsmaßnahmen an atomaren Anlagen einschließlich Forschungsreaktoren vorgenommen werden.</p>	<p>Wir unterstützen diese Forderungen umfänglich und werden direkt nach der Wahl entsprechende Anträge sowohl im AGH als auch in der BVV Steglitz-Zehlendorf einbringen</p>	<p>Die Bewertung ist Sache der zuständigen Behörden, nicht des Abgeordnetenhaus. Wir gehen davon aus, dass die Berliner Behörden sich an Recht und Gesetz halten und ihren Aufsichtspflicht genügen, um den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen.</p>

	Frage	SPD	Grüne	Linke	Piraten	FDP
4.	<p>Im September 2013 wurde in neun Bundesländern (darunter Berlin) eine gemeinsame Übung zu einem Atomunfall auf rein kommunikativer Ebene innerhalb der Verwaltung durchgeführt. Das Ergebnis war katastrophal. Berlin hat besonders schlecht abgeschnitten und Auflagen zur Nachbesserung erhalten.</p> <p>* Wurde diesen Auflagen nachgekommen? ** Wenn nicht, was werden Sie zu deren Durchsetzung tun?</p>	<p>Die SPD setzt sich für eine rasche Nachbesserung bzw. Neuausrichtung des Katastrophenübungsplans unter Einbeziehung aller beteiligten Behörden ein, um systematisch alle wesentlichen Aspekte der Planungen zu überprüfen und zu optimieren.</p>	<p>Berlin muss auf einen radioaktiven Notfall vorbereitet sein, auch wenn Deutschland mit dem Atomausstieg einen Fahrplan entwickelt hat, aus der Nutzung der Atomenergie auszustiegen. Mehrere Nachbarländer setzen weiterhin auf die Risikotechnologie. Unser Nachbarland Polen plant die Errichtung eines Atomkraftwerkes in der Nähe von Danzig, knapp 400 Kilometer von Berlin entfernt. Der Senat muss dringend die notwendigen Ressourcen für die Absicherung der Aufgaben nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz für das Land Berlin bereitstellen. Stör- bzw. Unfälle in kerntechnischen Anlagen treten in jüngster Zeit vermehrt auf, so in Fukushima und in mehreren älteren Anlagen in Frankreich. Im Rahmen der am 17. und 18. September 2013 durchgeführten Übung des Bundes zu §9 Strahlenschutzvorsorgegesetz sind erhebliche Mängel der Notfallvorsorge bei radioaktiven Notfällen zutage getreten. Der Senat hatte bis Ende 2014 keine Konsequenzen aus dem Abschlussbericht gezogen. Daraufhin hat die Grüne Fraktion einen Antrag mit konkreten Forderungen aufgelegt. Sie finden diesen hier: http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSache/n/d17-2034.pdf</p>	<p>Nach unserer Kenntnis ist seit dem Frühjahr 2016 die Zuständigkeit für Strahlenschutz auf dem Gebiet der ionisierenden Strahlung nun wie die Atomaufsicht bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt angesiedelt und nicht mehr bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen mit dem Ziel die Verantwortlichkeiten für die radiologischen Aspekte von Katastrophenschutz und Strahlenschutzvorsorge zu bündeln. Zwar ist dies ein richtiger Schritt, aber ob die zuständigen Landesbehörden mit dem derzeitigen Personalmangel im Ernstfall wirklich in der Lage wären, einen solchen Katastrophenfall gut zu managen, ist zweifelhaft. Die LINKE. Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die personellen, strukturellen und logistischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um auf ein solches Strahlenschutzszenario bestmöglich reagieren zu können</p>	<p>Da wir weder über einen Stadtrat noch über einen Senator verfügen, beschränken sich unsere Einflussmöglichkeiten lediglich auf Anträge oder Anfragen. Wir werden unser Möglichstes tun, um Druck aufzubauen und Öffentlichkeit herzustellen.</p>	<p>* Das ist uns nicht bekannt. ** --</p>
5.	<p>Warum haben bisher keine Übungen zum Katastrophenschutz unter Einbeziehung der Bevölkerung von Berlin und Potsdam/Brandenburg stattgefunden? Würden Sie sich für eine solche Übung einsetzen?</p>	<p>Die SPD setzt sich für eine besonnene Haltung insbesondere in Bezug auf Terrorgefahren ein. Dazu gehört ein hohes Maß an Transparenz für die Bevölkerung und die Einbeziehung der Bevölkerung in Katastrophenschutzübungen. Insbesondere ist eine Kooperation von Berlin und Potsdam/Brandenburg anzustreben. (siehe hierzu auch Antwort zu Frage 1. bis 3.)</p>	<p>Wir befürworten grundsätzlich die Durchführung solcher Übungen zum Katastrophenschutz</p>	<p>Katastrophenschutzübungen für die zuständigen Verwaltungsbehörden in Land und Bezirken, Polizei, Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen usw. sind sinnvoll und sollten in regelmäßigen Intervallen durchgeführt werden, um für den Ernstfall so gut wie möglich vorbereitet zu sein. Die Vorsorge und die Information der Bevölkerung im weiteren Umkreis bis zu 20 km um den Forschungsreaktor müssen oberste Priorität haben, damit sich die Bevölkerung mit Notmaßnahmen wie z. B. der Einnahme von Jodtabletten vertraut machen kann. Eine Kleine Anfrage von Hubertus Zdebel (MdB), Sprecher für Atomausstieg, hatte im April 2015 ergeben, dass im Falle eines schweren Unfalls am BER II in Wannsee der Radius für die Einnahme von Jodtabletten für Jugendliche und Schwangere bis zu 20 km betragen kann, siehe: http://www.hubertus-zdebel.de/atomforschungsreaktor-berlin-ueber-13-000-evakuierungen-im-katastrophenfall/</p>	<p>Einerseits ist es sinnvoll, die Bevölkerung mit solchen Übungen wachzurütteln. Uns ist allerdings keine Übung bekannt, die jemals unter Einbeziehung der Bevölkerung stattgefunden hat. Wir sind nicht glücklich mit der Vorstellung solcher martialisch anmutenden Übungen. Zunächst einmal sollen Verwaltung und Rettungsgeräte üben, die bisher auch orientierungslos sind. Die Verteilung der Jod-Tabletten ist hier eine weitere Möglichkeit, um die Aufmerksamkeit für die drohende Gefahr zu erreichen.</p>	<p>Das ist uns nicht bekannt. Dabei ist ggf. abzuwägen, zwischen sinnvoller Vorsorge und anlassloser Unruhe, wenn nach 42 Jahren Betrieb des Reaktors gut 2 Jahre vor der planmäßigen Abschaltung großflächige Übungen initiiert werden.</p>

	Frage	SPD		Grüne	Linke	Piraten	FDP
6.	<p>Der Betrieb des Reaktors kostet den Steuerzahler im Jahr ca. 35 Mio €. Überwiegend internationale Institutionen/Forscher nutzen diese Forschungseinrichtung und verfolgen dabei nicht transparente Forschungsziele/-projekte. Öffentlich finanzierte Industrieforschung ist verdeckt möglich. Die Messzeiten sind zudem kostenlos. Würden Sie sich dafür einsetzen, dass die BürgerInnen über die Zielvorgaben und die Auswahl der Forschungsvorhaben rechtzeitig informiert werden und ihnen ermöglicht wird, sich daran zu beteiligen? Wenn nein, warum nicht?</p>	<p>Die SPD setzt sich für Transparenz auch in Bezug auf die Forschung im Reaktor ein, insbesondere soll über Forschungsziele, Forschungsprojekte und Forschende transparent informiert werden. Wer den Reaktor nutzt und zu welchen Forschungszwecken darf keine Black Box sein. Die SPD setzt sich in Bezug auf Forschungsvorhaben für eine stärkere Einbindung des Parlaments ein. Eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Zielvorgaben und Auswahl der Forschungsvorhaben erscheint uns unrealistisch.</p>		<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind seit jeher eine starke Kraft für Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit. Autonomie und Freiheit, wie wir sie verstehen, gehen immer auch mit Verantwortung einher. Wer Freiheiten hat, muss verantwortungsvoll damit umgehen. Und nur wer handlungsfähig ist, kann Verantwortung übernehmen. Das gilt auch für Forschungseinrichtungen. Statt ihnen mit Misstrauen zu begegnen, muss Politik den Handlungsrahmen für autonome Forschungseinrichtungen gestalten. Autonomie schließt dabei ein, dass Politik (Ziel-) Vereinbarungen trifft, sowie wettbewerbliche und finanzielle Anreize setzt.</p>	<p>Generell sollten öffentlich geförderte Forschungseinrichtungen die wissenschaftlichen Ergebnisse ihrer Forschung der breiten Bevölkerung - so weit wie möglich - digital und kostenlos zugänglich machen. Die aktuelle Informationspolitik des HZB zu seinen Forschungsprojekten entspricht nicht diesem Anspruch. Der letzte jährliche Bericht zur den Experimenten am BER II auf der Internetseite des HZB stammt aus dem Jahr 2010: http://www.helmholtz-berlin.de/user/beamtime/reports/ber-reports_en.html Bei Vergabe und Einsatz staatlicher Forschungsmittel müssen Art und Anlage der Experimente in Berichten zeitnah rückhaltlos offengelegt werden, um die Freiheit der Forschung zu schützen, denn Forschung aus öffentlichen Mitteln darf aus Sicht der LINKEN nicht kriegerischen, sondern ausschließlich friedlichen, zivilgesellschaftlichen Zwecken dienen!</p>	<p>Eine Übersicht der Forschungsvorhaben ist auf der Seite des HMI zu finden, aber wenig aussagekräftig, insbesondere nicht für Laien. Eine eindeutige Information ist hier sinnvoll, allerdings ist sie kaum vom Betreiber zu erwarten. Hier müsste nach einer verbindlichen transparenten Form der Veröffentlichung gesucht werden. Ein erster Schritt wäre, dass im Beirat auch Vertreter der Bürgerschaft des Bezirks mit aufgenommen werden. Dies ist eine Möglichkeit zumindest Zugang zu den internen Informationen zu bekommen.</p>	<p>Nein, das Helmholtzzentrum ist eine Forschungseinrichtung von weltweitem Rang, auf die wir stolz sind. Die Freiheit der Forschung hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Wir wollen deshalb Grundlagenforschung nicht einer zufälligen Bürgerbeteiligung unterwerfen.</p>